

NACH NSA-SKANDAL: FREIHANDELSVERHANDLUNGEN ZWISCHEN EU UND USA AUSSETZEN – TRANSPARENZ UND HOHE SCHUTZSTANDARDS GEWÄHRLEISTEN

- 1 Das geplante Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA
2 (TTIP), das derzeit verhandelt und nach erklärtem Willen der Verhandlungspartner noch 2014
3 abgeschlossen sein soll, ist mit Versprechungen einer Reihe von Wohlfahrtswirkungen ver-
4 knüpft. Wirtschaftsverbände, EU-Kommission und Regierungen haben wesentliche Wachs-
5 tumsimpulse und Hunderttausende neuer Arbeitsplätze in Aussicht gestellt, wenn eine umfas-
6 sende Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staa-
7 ten und der EU vorgenommen wird. Das TTIP soll nach dem erklärten Willen der USA und der
8 EU die transatlantische Partnerschaft auf eine neue Basis stellen.
- 9 Gleichzeitig schockiert und empört das millionenfache Abhören und Abfangen von Telefon-
10 und E-Mail-Kommunikation durch die NSA die Menschen in Deutschland und Europa. Derzeit
11 ist nicht absehbar, welche Bereiche in Politik, Wirtschaft und Privatleben der Bürgerinnen und
12 Bürger in welchem Ausmaß ausspioniert wurden.
- 13 Dies ist ein massiver und einschneidender Eingriff in die Freiheitsrechte der europäischen Bürge-
14 rinnen und Bürger und erfordert eine klare Antwort mit Konsequenzen, die sich nicht auf verba-
15 le Proteste gegenüber der US-Regierung beschränken darf. Wenn Deutschland und die EU den
16 Schutz ihrer Verfassungen und der darin verbrieften Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst
17 nehmen, müssen sie alles dafür tun, um sicherzustellen, dass die Grundrechte von EU-
18 Bürgerinnen und Bürgern auch vom Partner USA uneingeschränkt respektiert werden.
- 19 Kanzlerin Merkel hat dagegen mit ihrem Druck in Brüssel erreicht, dass die dringend notwendi-
20 ge neue EU-Datenschutzrichtlinie nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Die
21 Entscheidung der EU-Regierungschefs, sich nicht dem Votum des Europäischen Parlaments zur
22 Aussetzung des SWIFT-Abkommens mit den USA anzuschließen, war ebenfalls ein völlig fal-
23 sches Signal!
- 24 Auch in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen kann und darf es kein einfaches „Wei-
25 ter so“ geben. Denn es macht keinen Sinn, über hoch sensible Fragen und Themenmiteinander
26 zu verhandeln, wenn die EU-Delegation befürchten muss, dass vertrauliche Informationen über
27 die eigenen Verhandlungslinien und Strategien längst dem „Verhandlungspartner“ vorliegen.
- 28 Wir fordern daher die Aussetzung der Verhandlungen, bis ein transatlantisches Datenschutzab-
29 kommen fester Bestandteil und Grundlage von TTIP ist.
- 30 Die bislang inoffiziell bekannt gewordenen Informationen über die Inhalte der ersten Verhand-
31 lungsrunde bestätigen Befürchtungen vieler Nichtregierungsorganisationen, wonach zentrale
32 europäische Standards im Agrar-, Umwelt- und Verbraucherschutzbereich als Verhandlungs-
33 masse zur Disposition stehen. Betroffen sind u.a. die im internationalen Vergleich strengen EU-
34 Regelungen in den Bereichen Agrogentechnik, Pestizide und die Erzeugung und Verarbeitung
35 von Lebensmitteln. Aus US-Sicht sind eine Risikobewertung für gentechnisch veränderte Pflan-
36 zen und die Kennzeichnungspflicht für daraus hergestellte Produkte nichts anderes als „wissen-
37 schaftlich unbegründete“ Handelshemmnisse. Auch das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprin-
38 zip, welches ein wesentliches Instrument für das frühzeitiges Eingreifen bei wissenschaftlichen
39 Hinweisen auf Gefährdungen von Umwelt und Gesundheit darstellt, soll nach dem Willen der
40 amerikanischen Seite nicht länger in der EU gelten. Durch Dumping von Schutzstandards zu
41 Lasten von Umwelt und Verbraucherschutz im Rahmen des TTIP besteht die Gefahr, dass US-
42 Lebensmittel aufgrund ihrer oft geringeren Produktionskosten den EU-Markt stark beeinflussen
43 und in Europa den Trend hin zu wenigen industriellen Produzenten verstärken. Dies geschieht
44 besonders auf Kosten von bäuerlichen Betrieben, wie sie auch in Baden-Württemberg die Ag-

45 rarstruktur prägen und die zur Pflege unserer gewachsenen Kulturlandschaften wichtig sind.
46 Baden-Württemberg, das im Agrarsektor national wie international erfolgreich auf gentechnik-
47 frei erzeugte Qualitätsprodukte mit klarem Herkunftsbezug setzt, wäre auch durch Aufwei-
48 chungen in der Gentechnik-Regulierung oder durch Schwächung der geschützten geographi-
49 schen Herkunftsangaben in der weiteren ökonomischen und ökologischen Entwicklung beein-
50 trächtigt.

51 Sollte wie bislang geplant auch ein Investitionsschutzabkommen Teil des TTIP werden, bekämen
52 Konzerne sogar die Möglichkeit, gegen deutsche oder europäische Regelungen zum Schutz von
53 Umwelt und Gesundheit vor einem extra dafür eingerichteten Privatgericht wegen „Marktdis-
54 kriminierung“ zu klagen, wenn sie ihre (potentiellen) Profite beeinträchtigt sehen. Auf diesem
55 Wege könnten Energiekonzerne beispielsweise ein Verbot von Fracking außer Kraft setzen. Wir
56 Grüne lehnen eine solche undemokratische Beschneidung der Regelungs-kompetenzen von
57 Parlamenten und Regierungen ab.

58 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg fordert vor
59 diesem Hintergrund die Aussetzung der Verhandlungen zum TTIP, solange die Abhör-Vorwürfe
60 gegen NSA, dem britischen GCHQ und andere Geheimdienste nicht umfassend aufgeklärt wur-
61 den und durch verbindliche Abkommen ausgeschlossen werden. Um die Transparenz der TTIP-
62 Verhandlungen deutlich zu verbessern, muss der Text des Verhandlungsmandates, das die Re-
63 gierungen der EU-Kommission erteilt haben, offiziell veröffentlicht werden. Für alle Abschnitte
64 des Verhandlungsprozesses sollen angemessene Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten
65 für Regierungen, Parlamente und Zivilgesellschaft geschaffen werden.

66 Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Kernbereiche der Daseinsvorsorge wie Trinkwasser müs-
67 sen wegen ihrer besonderen Bedeutung für Gemeinwohlüter von den Verhandlungen ausge-
68 nommen werden. Hohe Standards und wirksame Regeln zum Schutz von Umwelt, Gesundheit
69 und Verbraucherinteressen sind für uns Grüne keine Verhandlungsmasse, sondern Vorausset-
70 zung für die Zustimmung zu einem Freihandelsabkommen.